

**Antrags-Nr.: 1.1.-014**

**Thema: Rettungsschirm für Städte, Gemeinden und Landkreise -  
Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft der Kommunen  
wiederherstellen und ausbauen**

Angesichts der dramatischen Finanzsituation vieler Städte, Landkreise und Gemeinden fordert die AWO einen Rettungsschirm, um die Handlungsfähigkeit und die Gestaltungskraft kommunaler Politik wiederherzustellen und auszubauen.

Deshalb fordert die AWO

- ausreichende, stetige und planbare Einnahmen der Kommunen durch eine verlässliche Politik des Bundes und der Länder und eine angemessene Finanzausstattung der kommunalen Haushalte sicher zu stellen;
- umgehende Zins- und Tilgungshilfen für Kommunen in extremer Haushaltsnotlage, um wieder Gestaltungsspielräume erlangen zu können;
- eine angemessene Beteiligung des Bundes an der Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben wie dem Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung und der Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche;
- die Verankerung eines strikten Konnexitätsprinzips bei der Übertragung und Erweiterung von Aufgaben auf die Kommunen: „Wer bestellt, der bezahlt“;
- die Stärkung der Kommunen im bundesstaatlichen Gefüge des Grundgesetzes durch die Schaffung verbindlicher und einklagbarer Mitwirkungsrechte der Kommunen bei solchen Gesetzesvorhaben, die Auswirkungen auf die Kommunen haben;
- den Ausbau der Gewerbesteuer zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer, in die alle Gewerbebetriebe, Selbständige und Freiberufler einbezogen werden, um eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzkraft zu erreichen;
- Stärkung der kommunalen Investitionen, z. B.:
  - im Bildungswesen
  - im Umweltschutz
  - bei der Gesundheitsversorgung
  - in Verkehrs- und Infrastruktur;
- Erhalt von Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Energieversorgung (Strom, Gas, Wasser), ÖPNV usw. in kommunaler Verantwortung.